

Menschenrechte bei HIV verteidigen

- GSSG unterzeichnet internationalen Appell gegen Kriminalisierung

Köln, 1. Dezember 2009 – Anlässlich des diesjährigen Welt-AIDS-Tag am 1. Dezember wollen internationale Organisationen die Rechte von Frauen mit und ohne HIV stärken. Mit dem Appell „10 Reasons Why Criminalization of HIV Exposure or Transmission Harms Women“ rufen insgesamt 21 Aids- und Menschenrechtsorganisationen aus aller Welt dazu auf, HIV-Übertragungen nicht zu kriminalisieren. Die Gemeinnützige Stiftung Sexualität und Gesundheit (GSSG) ist die erste Unterzeichnerin aus Deutschland.

„Wer Menschen mit HIV kriminalisiert, verschlimmert das Stigma, das oft mit HIV verbunden wird. Und je größer das Stigma, desto besser kann sich HIV verbreiten“, warnt GSSG-Stifterin Harriet Langanke. Denn: „Zum HIV-Test wird eher gehen, wer bei einem positiven Ergebnis Hilfe und nicht etwa Strafe erwarten kann.“

Weltweit sind mehr als die Hälfte aller HIV-positiven Menschen Frauen. Frauen erfahren oft eher als Männer von ihrer Infektion, weil sie beispielsweise im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft getestet werden. Die leider nicht seltene Folge: die männlichen Partner beschuldigen die positiv getesteten Frauen und grenzen sie aus.

In einigen Gesellschaften gelten Frauen als Menschen zweiter Klasse. So werden Frauen öfter Opfer von sexueller Gewalt als Männer und sind damit auch einem höheren Risiko einer HIV-Infektion ausgesetzt. Eine südafrikanische Studie kam zu dem Ergebnis, dass Frauen in gewalttätigen Beziehungen öfter mit HIV infiziert waren als Frauen in anderen Beziehungen. Eine große Rolle spielt auch die wirtschaftliche Abhängigkeit von Männern. Frauen haben häufig geringere Schul- und Ausbildungsabschlüsse, werden schlecht oder gar nicht entlohnt. Armut, soziale Isolation und schlechter Zugang zu medizinischer Versorgung erschweren die Lage HIV-positiver Frauen in vielen Ländern zusätzlich. „Aus Angst vermeiden Frauen den HIV-Test oder halten ein positives Testergebnis geheim.“

Auch in Deutschland riskieren Frauen mit HIV, wegen einer möglichen Gefährdung ihrer Sexualpartner strafrechtlich verfolgt zu werden. Dies zeigt der Fall einer Pop-Sängerin in diesem Jahr, die verhaftet worden war, weil sie einen Mann mit HIV angesteckt haben soll.

Krankheit und Schuld mit einander zu verknüpfen, ist nach Ansicht der GSSG nicht nur unchristlich, sondern auch fatal. Besonders, wenn die Angst vor dem Stigma dazu führt, auf den Test zu verzichten. „Nicht-Wissen und Nicht-Testen ist keine gute Lösung – besser wäre es, wirksam gegen die Ausgrenzung von Menschen mit HIV vorzugehen und ihnen Hilfe und Solidarität anzubieten!“

Die GSSG, die als Stiftung auch das bundesweite Netzwerk Frauen und Aids trägt, engagiert sich nicht nur zum Welt-Aids-Tag für die Rechte HIV-positiver Frauen. „Die Angst der Frauen vor Ausgrenzung ist nach wie vor groß – ganz besonders, wenn sie Verantwortung für Kinder tragen. Deswegen schließen wir uns dem Appell an und fordern mehr Unterstützung für Frauen mit HIV!“

bei Fragen: Harriet Langanke, GSSG, T: 0221 – 340 80 40; E: harriet.langanke@stiftung-gssg.org